

BEHINDERTE FORDERN SELBSTBESTIMMTES LEBEN

Wir fordern:

Im Pflegebereich:

- ▶ Die behinderungsbedingten Mehraufwendungen und Pflegekosten müssen abgedeckt werden. Ein bedarfsdeckendes Pflegegeld muß für alle behinderten und pflegebedürftigen Personen eingeführt werden.
- ▶ Alle Heim- und Sonderanstalten sollen abgeschafft und durch entsprechende gemeindenahere Alternativen, wie z.B. ambulante Dienste und Wohngemeinschaften (Wohngruppenpflege), ersetzt werden.

Im Bildungsbereich:

- ▶ Es muß ein formuliertes Recht auf Integration von behinderten Kindern geben (kurzfristig Abschaffung der derzeitigen 10% Klausel für integrative Schulversuche).
- ▶ Einführung eines Mehrpädagog/inn/en-systems, durch das alle Kinder gemeinsam unterrichtet werden. Generelle Absenkung der Klassenschüler/innen/höchstzahl (bei integrativen Klassen max. 20 Kinder).

Im Bereich der Arbeitswelt:

- ▶ Anstelle der geschützten Werkstätten mit ihrer Beschäftigungstherapie sollen integrative Arbeitskooperativen eingerichtet werden, in denen alle entsprechende und gesellschaftlich relevante Arbeit bei normalem Lohn incl. Sozialversicherung ausüben können.
- ▶ Niemand soll zu Arbeit und schon gar nicht zu einer bestimmten Arbeit gezwungen werden können.
- ▶ Alle Unternehmen und die öffentliche Hand sollen verpflichtet werden, mindestens 10% Behinderte zu beschäftigen. Hier sollte es keine Ausnahmen geben. Den Behinderten ist am Arbeitsplatz ausreichende Hilfestellung zu gewährleisten.
- ▶ Von der Pflicht zur Einstellung Behinderter sollen sich Betriebe nicht freikaufen können.
- ▶ Niemand darf durch seine Behinderung von einer Berufsgruppe ausgeschlossen werden. Dies ist derzeit z.B. bei Lehrern und Priestern der Fall.

Im Bereich Architektur:

- ▶ Alle diskriminierenden Barrieren bei Gebäuden, Verkehrsmitteln und Verkehrsflächen sind abzubauen. Das würde bedeuten, daß:
 - ▶ z.B. alle öffentlichen Verkehrsmittel mit Hebebühnen ausgestattet werden müssen;
 - ▶ alle Gehsteige bei Übergängen abgeschrägt werden müssen
 - ▶ genügend (überwachte) Behindertenparkplätze vorhanden sind;
 - ▶ Baumaßnahmen (incl. Wohnungsadaptierungen) sollen nur noch gefördert werden, wenn die ÖNORM B 1600 eingehalten wird (stufenlose Zugänglichkeit, Mindesttürbreiten, Lifte);
 - ▶ Übernahme der B 1600 in die Landesbauordnungen.

Im Freizeitbereich:

- ▶ Niemand darf auf Grund seiner Behinderung vom Freizeit- und Kulturangebot ausgeschlossen werden. Dies ist derzeit z.B. bei Kinos, Theatern, und Schwimmbädern der Fall.

Im Bereich Sexualität und Partnerschaft:

- ▶ Auch Behinderte haben ein Recht auf Sexualität!
- ▶ Die in Österreich übliche Praxis der Sterilisierung ohne Einwilligung oder gegen den Willen der Betroffenen - dies ist Zwangssterilisierung - muß sofort eingestellt werden.

Abbau von Vorurteilen:

- ▶ Einstellung von Spendenkampagnen wie etwa "Licht ins Dunkel", die mit dem "Leiden der Behinderten" die Entlastung der öffentlichen Budgets fördern, das Gewissen der Spender beruhigen sollen und an denen die Falschen Geld verdienen.
- ▶ Mittelfristig sollen alle Begünstigungen für Behinderte abgeschafft werden (Ermäßigung im Tiergarten, Museen usw.). Voraussetzung ist die Abgeltung der behinderungsbedingten Mehraufwendungen z.B. durch Grundeinkommen und Pflegegeld.
- ▶ Schluß mit der neuen Euthanasiedebatte und dem Versuch durch Gentechnologie den "Mensch nach Maß" zu produzieren.